



25.02.2017: E.on hat zu Jahresbeginn das AKW Brokdorf zum Brennelementewechsel heruntergefahren. Im Sommer 2016 hatte das Unternehmen bei der Jahresrevision auf den Austausch der Brennelemente kurzerhand verzichtet, um Steuern zu sparen. Gegenüber der „Schleswig-Holsteinischen Zeitung (shz)“ räumte die e.on-Pressesprecherin ein, dass bei der Terminierung des Brennelementewechsels „die hohe Belastung aufgrund der aus unserer Sicht verfassungswidrigen Brennelementesteuer auch eine Rolle gespielt hat“. Immerhin schlage jedes einzelne Brennelement mit 3,5 Millionen Euro an Sondersteuer zu Buche.“

Jetzt also – bei dem um ein halbes Jahr hinausgezögerten Brennelementewechsel - wurden an den Brennelementen „Befunde“ festgestellt. Bei visuellen Prüfungen hätten laut Kraftwerksbetreiber „einzelne Brennstäbe eine das übliche Maß übersteigende Oxidschicht“ aufgewiesen. Die Brennstäbe werden im Reaktorkern mit boriertem Wasser gekühlt. Der im Kühlmittel enthaltene Sauerstoff und der Wasserstoff reagieren dabei im Reaktorbetrieb mit der heißen Metalloberfläche des Brennstabhüllrohres. Dort bildet sich dann eine leichte Oxidschicht. Die Schichtdicke darf ein bestimmtes Maß jedoch nicht überschreiten, da dann das Hüllrohr unzulässig geschwächt wird. Die Ablagerungen können demnach die Metallummantelung der Brennstäbe angreifen und sie brüchig machen. Im schlimmsten Fall könne dann Uran aus den Brennstäben frei werden.

„Dieser Befund ist ernst zu nehmen. Ein solch schnelles und starkes Anwachsen der Schicht ist in Deutschland noch nicht bekannt geworden. Das darf nicht geschehen. Im Augenblick sind damit die zentralen Annahmen, wie Brennstäbe sich im Kern des Reaktors bei laufendem Betrieb verhalten, in Frage gestellt. Erst, wenn die Ursache geklärt und ausgeschlossen ist, dass sich das Problem an anderen Brennstäben wiederholt, kommt ein Wiederaufstart des Kernkraftwerks in Betracht,“ beschied daraufhin der für die Reaktorsicherheit in Schleswig-Holstein zuständige Umweltminister Robert Habeck. (Bündnis 90/Die Grünen). Er betonte zugleich: „Es bestand zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für Mitarbeiter oder für die Bevölkerung.“

### AKW Brokdorf früher abschalten?

Zeitgleich mit diesem erneuten „Störfall“ am Pannenmeiler machten die Grüne - Bundestagsabgeordnete Julia Verlinden und Umweltminister Habeck - wohl auch mit Blick auf

die im Mai in Schleswig-Holstein anstehenden Landtagswahlen - auf eine „marktförmige“ Möglichkeit aufmerksam, das AKW Brokdorf statt erst 2021 bereits 2019 abschalten zu können.

Danach solle die Bundesregierung aktiv werden und die Übertragung von Reststrommengen auf die Atomkraftwerke Brokdorf und Emsland rechtlich verhindern. Die Grünen weisen darauf hin, dass der Atomstrom immer wieder dafür Sorge, dass Windenergie nicht im voll möglichen Umfang eingespeist werden könne und damit die Energiewende behindere.

Denn bei der vom AKW Brokdorf durchschnittlich produzierten Strommengen von 11.000 Gigawattstunden pro Jahr wäre das bestehende Brokdorfer Reststromkontingent von 30.000 Gigawattstunden bereits Ende September 2019 aufgebraucht. Der Meiler müsste stillgelegt werden. Verhindern kann der Betreiber Preussenelektra – die Atomsparte von e.on – das nur dadurch, dass er verbliebene Produktionskontingente von bereits vorzeitig abgeschalteten Kernkraftwerken wie Krümmel oder Mülheim-Kärlich auf Brokdorf überträgt. Genau das aber wollen die Grünen verbieten, weil es aus ihrer Sicht absurd ist, dass der Bund einerseits den Ausbau der Windkraft in Norddeutschland wegen fehlender Leitungen für den Stromtransport nach Süden besonders stark bremst, andererseits aber trotz beschlossenem Atomausstieg die Produktion von zusätzlichem Atomstrom in Brokdorf und dem niedersächsischen Meiler Emsland zulässt. „Damit führt die Bundesregierung die Energiewende ad absurdum.“

Davon will aber der Brokdorf-Betreiber e.on nichts wissen: Man werde den Meiler in Brokdorf „bis zum 31. Dezember 2021 laufen lassen. Es gibt keine Überlegungen in unserem Unternehmen, Kraftwerke vor dem gesetzlich möglichen maximalen Laufzeitende vom Netz zu nehmen“, erklärte dessen Pressesprecherin Zyweck. (shz 17.2.17).

Abgeschriebene AKWs sind eben für die Betreiber wie e.on und Vattenfall wahre Goldesel. Profitgier, Lügen und Ignoranz kommen zusammen, damit die Betreiber mit jedem abgeschriebenen AKW ca. eine Million Euro Gewinn pro Tag machen können! Deshalb pokern sie um lange Laufzeiten.

### **Andauernder Widerstand gegen das AKW Brokdorf seit den 70er Jahren**

Das Kraftwerk Brokdorf liegt etwa zehn Kilometer nordwestlich von Glückstadt an der Elbe in Schleswig-Holstein. Es nahm am 22. Dezember 1986 den kommerziellen Leistungsbetrieb auf - als weltweit erstes Atomkraftwerk, das nach dem schweren Reaktorunglück in Tschernobyl neu ans Netz ging. Betreiber der Anlage ist die e.on Kraftwerk GmbH. Diese hält 80 Prozent der Gesellschafteranteile, die Vattenfall Europe Nuclear Energy GmbH 20 Prozent. Das Kraftwerk erzeugt mit einem Druckwasserreaktor Strom. Die Nettoleistung beträgt laut e.on 1.410 Megawatt - damit handelt es sich um den leistungsstärksten Reaktor in Deutschland. Im Reaktorkern sind 193 Brennelemente. Zur Kühlung des Kondensators dient das Wasser der Elbe.

Schon während der Bauphase Ende der 70er- und Anfang der 80er-Jahre hatte es heftige Proteste gegen das Kraftwerk gegeben. Doch auch seitdem feststeht, dass das Kraftwerk in einigen Jahren abgeschaltet werden soll, gibt es weiterhin regelmäßig Aktionen und Demonstrationen gegen die Anlage. So ruft die Anti-AKW-Bewegung am 23. April 2017 um 2 vor 12 Uhr zur 5. Protest- und Kulturmeile vor dem AKW auf.

In dem Aufruf dazu heißt es u.a:

*Im Falle eines schweren Nuklear-Unfalls im AKW-Brokdorf müsste Norddeutschland evakuiert werden – von Flensburg bis Hannover, von Emden bis Schwerin. Das hat die für den Strahlenschutz zuständige Behörde, das Bundesamt für Strahlenschutz, im Jahr 2014 errechnet. Bis zur Stilllegung des AKW Brokdorf sind wir, ca. 5 Millionen Menschen, dem Risiko einer Verstrahlung ausgesetzt. Außerdem wachsen die Atommüllberge weiter.*

*Die Mehrheit in Bundesregierung und Bundestag will, dass die Atomstromkonzerne noch ein Maximum an Profit einfahren, u. a.:*

- *Die Brennelementsteuer wurde nur bis Ende 2016 erhoben. Deren Beendigung war ein ca. 6 Milliarden Euro Geschenk an die Atomstromkonzerne.*
- *Gegen eine viel zu geringe Einmalzahlung werden sämtliche Kostenrisiken für die Zwischen- und Endlagerung des Atommülls an uns BürgerInnen übertragen und deren Betrieb ab 2019 vom Staat übernommen.*
- *Obwohl das oberste deutsche Verwaltungsgericht den Entzug der Genehmigung für das Zwischenlager in Brunsbüttel bestätigt hat, lässt die Atomaufsicht in Schleswig-Holstein die weitere Einlagerung von hochradioaktivem Atommüll zu, nun „Bereitstellung“ genannt.*
- *Die beim Rückbau anfallenden radioaktiven Stoffe sollen in neuen Zwischenlagern landen. Ein Endlager gibt es dafür bisher nicht.*
- *Die gering strahlenden Stoffe aus dem geplanten Rückbau dürfen, wenn sie „freigemessen“ sind, aus der Atomaufsicht entlassen und unkontrolliert auf Deponien gelagert oder sogar recycelt werden. Sie können im Straßenbelag oder in Kochtöpfen auftauchen. Das ist eine völlig unnötige und letztlich unkontrollierbare zusätzliche Strahlengefahr für Mensch und Umwelt.*
- *Zusätzlich soll Atommüll aus der Wiederaufarbeitung im Ausland in das Zwischenlager Brokdorf eingelagert werden.*

text/foto:gst